

Grundlagen für die Bemessung von Sicherstellungen von Bodenaushubdeponien



tirol

Unser Land.

Abteilung Umweltschutz
Referat Abfallwirtschaft

Grundlagen für die Bemessung von Sicherstellungen von Bodenaushubdeponien

- Leitfaden -

erstellt vom
Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Umweltschutz / Referat Abfallwirtschaft

Konzept und Redaktion:

Dipl.Ing. Erika Schubert
Dipl.Ing. Rudolf Neurauter

für den Inhalt verantwortlich

Dipl.Ing. Rudolf Neurauter

Stand: November 2006

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Anwendungsbereich	3
2. Gesetzliche Grundlagen	4
Bundesabfallwirtschaftsgesetz	4
3. Maßnahmen, die durch die Sicherstellung abgedeckt werden sollen	6
4. Zu welchem Zeitpunkt und wofür ist aus fachlicher Sicht eine Sicherstellung erforderlich ?	7
5. Welche Kosten sind daher für die Berechnung einer Sicherstellung relevant?	8
6. Literatur	9

1. Anwendungsbereich

Bei einer Bodenaushubdeponie handelt es sich gemäß Deponieverordnung um einen Deponietyp, der über kein Basisabdichtungssystem verfügt. Niederschlagswasser dringt entweder in den Deponiekörper ein und versickert im Untergrund oder rinnt an der Deponieoberfläche ab.

Mit der Ablagerung von Abfällen kann technisch gesehen in der Regel unmittelbar nach Abtrag einer Humusschicht begonnen werden.

Gemäß den Bewilligungsbescheiden können auf diesem Deponietyp in der Regel mineralische Abfälle wie Bodenaushub und Bauschutt, abgelagert werden. Hinsichtlich der zulässigen Abfallqualität sind die Grenzwerte der Tabellen 1 und 2 der Anlage 1 der Deponieverordnung einzuhalten. Der Fremdstoffanteil beim mineralischen Bauschutt darf entgegen den Vorgaben der Deponieverordnung nicht 10 Volumsprozent sondern nur maximal 2 Volumsprozent betragen (ähnlich wie beim Recycling von Bauschutt).

Bei Bodenaushubdeponien unter 100.000 m³ Deponievolumen auf denen ausschließlich nicht verunreinigter Bodenaushub abgelagert wird, ist keine Sicherstellung erforderlich.



2. Gesetzliche Grundlagen:

Bundesabfallwirtschaftsgesetz – AWG 2002

§ 39. Antragsunterlagen

(2) Dem Antrag auf eine Genehmigung eines Deponieprojekts sind zusätzlich zu Abs. 1 folgende Unterlagen in vierfacher Ausfertigung anzuschließen:

5. Angaben über die für die Stilllegung des Deponiebetriebs vorgesehenen Maßnahmen (vorläufiger Stilllegungsplan) und die Nachsorgemaßnahmen, insbesondere ein Überwachungsplan;

6. Angaben über die Art und Höhe der Sicherstellung;

7. die Darstellung der Abdeckung der Kosten der Errichtung, der geschätzten Kosten des Betriebs, der Stilllegung und der Nachsorge im in Rechnung zu stellenden Entgelt für die Ablagerung aller Abfälle auf der Deponie.

§ 48. Bestimmungen für Deponiegenehmigungen

(2) Zugleich mit der Erteilung der Genehmigung hat die Behörde die Leistung einer angemessenen Sicherstellung zur Erfüllung der mit der Genehmigung verbundenen Auflagen und Verpflichtungen, insbesondere für die ordnungsgemäße Erhaltung und Stilllegung oder Schließung der Deponie einschließlich der Nachsorge, aufzuerlegen. Als Leistung einer Sicherstellung gilt eine finanzielle Sicherheitsleistung oder etwas Gleichwertiges, wie zB eine ausreichende Haftungserklärung einer Gebietskörperschaft oder eines Wasser- oder Abfallverbandes. Für den Fall, dass die Maßnahmen betreffend die Einhaltung der Auflagen und Verpflichtungen gemäß dem ersten Satz nicht vom Deponieinhaber gesetzt werden, einschließlich für den Fall der Insolvenz des Deponieinhabers, muss die Sicherstellung der Behörde als Vermögenswert für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung stehen.

(2a) Die Berechnung einer Sicherstellung für eine Deponie hat bezogen auf die Auflagen und Verpflichtungen gemäß Abs. 2 erster Satz im Einzelfall zu erfolgen. Sofern keine finanzmathematische Berechnung der Sicherstellung erfolgt, hat die Behörde die Sicherstellung anhand des Baukostenindexes wertzusichern; bei einer aufsummierten Steigerung über fünf Prozentpunkten des Baukostenindex gegenüber der geleisteten Sicherstellung hat der Deponieinhaber die Sicherstellung entsprechend zu erhöhen. Bei einer Haftungserklärung einer Gebietskörperschaft oder eines Wasser- oder Abfallverbandes muss der Deponieinhaber mit einem Testat eines Wirtschaftsprüfers der Behörde nachweisen, dass die Kosten für die Einhaltung der Auflagen und Verpflichtungen gemäß Abs. 2 erster Satz in den

Abfallübernahmepreisen im vollen Umfang berücksichtigt sind; weiters ist ein derartiges Testat bei jeder Senkung der Abfallübernahmepreise, jedenfalls aber alle fünf Jahre während der Betriebsphase, der Behörde vorzulegen.

(4) Für Deponien gemäß § 37 Abs. 3 Z 1, soweit ausschließlich nicht verunreinigter Boden abgelagert wird, gelten der Abs. 2, die §§ 39 Abs. 2 und 3, 49, 63 Abs. 3, 76 Abs. 2 und die §§ 6 bis 11 und 13 bis 32 der Deponieverordnung, BGBl. Nr. 164/1996, nicht. Der Inhaber der Deponie hat dafür Sorge zu tragen, dass nur nicht verunreinigter Boden übernommen wird; eine entsprechende Eingangskontrolle ist sicherzustellen.

§ 63. Zusätzliche Bestimmungen betreffend die Überwachung einer Deponie

(4) Unbeschadet des § 79 hat die Behörde das vorübergehende Verbot der Einbringung von Abfällen oder die Schließung der Deponie anzuordnen, wenn ungeachtet wiederholter Mahnung unter Hinweis auf die Rechtsfolgen Auflagen, Bedingungen oder Befristungen des Genehmigungsbescheides oder Anordnungen nicht eingehalten werden. Dies gilt auch, wenn keine angemessene Sicherstellung geleistet wird.

3. Maßnahmen, die durch die Sicherstellung abgedeckt werden sollen

- Erfüllung der Bescheidaufgaben und Verpflichtungen aus dem Genehmigungsprojekt
- Erhaltung der Deponie (des Deponiebetriebes)
- Stilllegung oder Schließung der Deponie)
- Nachsorge der Deponie

3.1 Vor Inbetriebnahme

Folgende Baumaßnahmen sind vor Inbetriebnahme der Deponie durchzuführen:

Umzäunung, Waage, geeignete bauliche Einrichtung für die Durchführung der Eingangskontrolle, Reifenwaschanlage, Informationstafel; Errichtung von Grundwassersonden

3.2 Währen des Deponiebetriebes

Für den Betrieb der Deponie ist folgendes erforderlich:

Deponiepersonal, Maschineneinsatz für den Einbau der Abfälle in die Deponie bzw. für Profilierungsmaßnahmen, Grundwasseruntersuchungen

3.3 Vollfüllung der Deponie

Folgende Baumaßnahmen sind bei der Schließung der Deponie durchzuführen:

Profilierungsmaßnahmen, Rekultivierungsmaßnahmen, Rückbaumaßnahmen (z.B.: Waage, Schranken, etc.) Grundwasseruntersuchung

3.4 Nachsorge der Deponie:

Pflege der Rekultivierungsmaßnahmen, Grundwasseruntersuchungen

4. Zu welchem Zeitpunkt und wofür ist eine Sicherstellung erforderlich?

4.1 Vor Inbetriebnahme:

Vor Inbetriebnahme einer Bodenaushubdeponie ist eine Betriebsbewilligung erforderlich. Dabei muss die Behörde überprüfen, ob die erforderlichen Baumaßnahmen für den ordnungsgemäßen Betrieb der Deponie durchgeführt wurden. In dieser Phase ist keine Sicherstellung notwendig, da keine Kosten für die Inbetriebnahme der Deponie anfallen und daher, falls erforderlich, leicht ein Nachfolgebetreiber gefunden werden kann (es fallen keine Projekts- und Genehmigungskosten für einen zukünftigen Deponiebetreiber an).

4.2 Während des Deponiebetriebes:

Durch das externe Deponieaufsichtsorgan muss sichergestellt werden, dass die Maßnahmen, die während des laufenden Betriebes erforderlich sind, umgesetzt werden. Daher sind Bodenaushubdeponien während der Betriebsphase öfters zu kontrollieren (siehe hierzu Leitfaden „Die behördliche Aufsichtstätigkeit bei Bodenaushubdeponien“). Damit wird gewährleistet, dass alle erforderlichen Maßnahmen durchgeführt werden und insbesondere keine unzulässigen Abfälle abgelagert werden und somit auch keine Kosten für eine nachträgliche Entfernung derartiger Abfälle anfallen.

Solange bei einer Deponie noch entsprechendes Verfüllvolumen vorhanden ist, kann auch, falls notwendig, leicht ein Nachfolgebetreiber gefunden werden. Je weniger Deponievolumen noch frei verfügbar ist, umso größer ist die Gefahr, dass der Deponiebetreiber die notwendigen Schließungsmaßnahmen nicht durchführt.

4.3 Vollfüllung der Deponie:

In dieser Phase besteht die größte Gefahr, dass der Deponiebetreiber die erforderlichen Maßnahmen für die ordnungsgemäße Schließung der Deponie unterlässt. Die Behörde benötigt die Sicherstellung um die erforderlichen Maßnahmen von einer anderen Firma durchführen zu lassen.

4.4 Nachsorge der Deponie:

Unter der Voraussetzung eines ordnungsgemäßen Deponiebetriebes sind bei Bodenaushubdeponien keine besonderen Nachsorgemaßnahmen erforderlich

5. Welche Kosten sind für die Berechnung einer Sicherstellung für eine Bodenaushubdeponie relevant?

Aus der unter Punkt 4 dargestellten Situation sind für die Berechnung der Sicherstellung primär jene Maßnahmen heranzuziehen, die nach Vollfüllung der Deponie als „Kosten“ entstehen und durch den vorhergehenden Deponiebetrieb erwirtschaftet werden müssen.

Die im § 39 des Abfallwirtschaftsgesetzes geforderten Antragsunterlagen sind daher für die Bemessung der Sicherstellung vom Antragsteller der Behörde vorzulegen, damit diese als Grundlage für die Berechnung der Sicherstellung herangezogen werden können.

In der Regel wird es sich um Kosten handeln, die für den Rückbau der Deponieeinrichtungen und den projektsgemäßen Aufbau der Rekultivierung der Deponie erforderlich sind.

Danach können allenfalls Kosten für die Erhaltung und Pflege der Rekultivierungsmaßnahmen entstehen. Falls Grundwasseruntersuchungen während des Deponiebetriebes erforderlich waren und die Messergebnisse keine Auffälligkeiten gezeigt haben, ist davon auszugehen, dass im Rahmen der Nachsorgemaßnahmen keine weiteren Untersuchungen notwendig sind und daher auch keine Kosten anfallen.

Es gibt vom Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium) eine Berechnungsgrundlage in Form einer umfassenden Tabellenkalkulation (siehe Punkt 6 Literatur). In Abhängigkeit der Größe der Oberflächenabdeckung, des Niederschlags und der vorhandenen Deponieausstattung ergeben sich für eine Bodenaushubdeponie mit diesem Berechnungsmodell ein durchschnittlicher Sicherstellungsbeitrag von 2,-- bis 3,--€.

Diese Berechnungsgrundlage ist jedoch allgemein für alle Deponietypen konzipiert. Da es sich bei einer Bodenaushubdeponie, bautechnisch gesehen, um einen einfachen Deponietyp handelt, ist es zweckmäßiger, auf Basis der Einreichunterlagen die Höhe der erforderlichen Sicherstellung im Einzelfall zu berechnen.

6. Literatur:

Bundesabfallwirtschaftsgesetz (Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002), BGBl. I Nr. 102 geändert durch BGBl. I Nr. 43/2004, BGBl. I Nr. 151/2004, BGBl. I Nr. 155/2004, BGBl. I Nr. 181/2004, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 34/2006

Informationen auf der Internetseite des Lebensministerium

www.umwelt.net/article/articleview/37717/1/6943

Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfaldeponien